

Freie Demokraten



Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein **FDP**

September 2019

Neuer **Gründergeist** für den Norden.
20-Punkte-Plan für Schleswig-Holstein
und die Bundesebene.

Positionspapier der FDP-Landtagsfraktion

20-Punkte-Plan für Schleswig-Holstein und die Bundesebene.



Gründungen und Start-Ups sind die Garanten für das Entwickeln und Vorantreiben von Zukunftstechnologien und als Träger und Förderer von innovativen Konzepten ein unverzichtbarer Teil für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Als verknüpfendes Element zwischen universitärer Forschung und etablierten Unternehmen bilden Ausgründungen einen idealen Integrator zwischen Theorie und Praxis. Das disruptive Element von Start-Ups sorgt dafür, dass alteingesessene Verfahren und Prozesse neu hinterfragt werden und damit der Wettbewerb als Treiber von Innovationen auch indirekt gestärkt wird. Das wollen wir besser fördern.

Die FDP-Landtagsfraktion möchte deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein neuer Gründergeist entfacht wird und Schleswig-Holstein sich als Gründerland international etablieren und positiv herausstellen kann. Für eine erfolgreiche Gründungskultur braucht es in Deutschland und Schleswig-Holstein einen Dreiklang aus Köpfen & Kapital, unbürokratischen & verlässlichen Rahmenbedingungen und einem gründungsfreundlichen Klima in Bildungseinrichtungen und Gesellschaft.

Ausbildung & Weiterbildung

I. Schule

1. MINT-Begeisterung frühzeitig wecken

Die Technikbegeisterung und der Erfindergeist von Mädchen und Jungen sollte möglichst schon in der frühkindlichen Bildung spielerisch gefördert werden. Wichtig für die spätere berufliche Laufbahn ist vor allem, dass wir die Potenziale und Talente jeder Schülerin und jedes Schülers bestmöglich fördern und vor allem das Interesse an Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik stärker wecken und fördern. Die Informatik ist das Fach mit dem größten Potenzial für Ausgründungen. Für die Informatik nimmt wiederum das Fach Mathematik eine herausragende Stellung ein. Ohne Mathematik sind auch weitere wichtige Gründungsdisziplinen wie die Ingenieurwissenschaften und die Wirtschaftswissenschaften undenkbar. Daher ist es wichtig, vorhandenes mathematisch-technisches Interesse zu erkennen und zu fördern. Je früher jemand für etwas begeistert werden kann, desto nachhaltiger wirkt es sich auf spätere

Entwicklungen aus. Daher wollen wir hier bereits in der Grundschule durch mehr Unterricht ansetzen und auch beim Übergang an die weiterführenden Schulen die Bedeutung des MINT-Bereichs herausstellen, beispielsweise durch spezielle naturwissenschaftliche Themen- und Projektwochen. Denn es muss in erster Linie darum gehen, die Begeisterung für die vielen Möglichkeiten in Fächern wie Mathematik oder auch Physik zu entfachen.

2. Gründen muss Schule machen: Schulfach Wirtschaft einführen

In der Schule wird oft viel zu wenig Augenmerk auf die wirtschaftliche Bildung gelegt, so dass wirtschaftliche Zusammenhänge nicht nachvollzogen werden können. Es beginnt bei Fragen wie: Wie mache ich eine Steuererklärung und wo ist dabei der Unterschied zwischen einer Privatperson und einem Unternehmen? Welche Auswirkungen hat das Patentrecht oder die Besteuerung auf den Unternehmenserfolg? Was ist ein Business-Plan? Das Durchspielen einer fiktiven Unternehmensgründung stärkt das Bewusstsein für die Abläufe und die Spielregeln, denen ein Unternehmen unterliegt, fördert die Beschäftigung mit der Thematik und baut erstes Wissen auf, auf das im späteren Verlauf zurückgegriffen werden kann. Zudem wird eine aufgeschlossene Einstellung zum Unternehmertum geschaffen. Daher werden wir uns nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens für die schrittweise Einführung des Schulfachs Wirtschaft stark machen, das unter anderem die grundlegenden Zusammenhänge des Unternehmertums verdeutlichen soll.

3. Gründergeist wecken: Praktika und Austausch mit Unternehmern

Wir sprechen uns für mehr Praktika aus, die in der freien Wirtschaft absolviert werden sollten, um den Alltag in einem Unternehmen miterleben und ein Stück weit besser nachvollziehen zu können. Wir schlagen zudem den flächendeckenden Aufbau von lokalen Netzwerken vor, die das Ziel haben, den Austausch zwischen Schulen und Unternehmen über Wirtschaftspraktika hinaus zu verbessern. Unternehmerinnen und Unternehmer sollten in den Unterricht eingeladen werden, um ihren Weg in die Selbstständigkeit und ihren Alltag zu beschreiben und mit den Schülerinnen und Schülern zu diskutieren.



II. Hochschulen, Berufsbildende Schulen & Fachkräftegewinnung

4. Entrepreneurship ins Hochschulgesetz

Wir setzen uns für eine Änderung des §3 des Hochschulgesetzes („Aufgaben aller Hochschulen“) ein. Die Vermittlung von Unternehmertum und die Verbindung mit der Wirtschaft sollen optionale Aufgaben der Hochschulen werden, wodurch gerade der Nutzen für die regionale Wirtschaft und die Rechtssicherheit für die Hochschulen bei der Beteiligung an Gründungen gestärkt werden.

5. Gründungssemester einführen & Ausgründungen unterstützen

Neben dem Praxissemester im Lehramt wollen wir auch die Möglichkeit für ein Gründungssemester in anderen Studiengängen schaffen. Es sollte potenziell jedem Studierenden aller Fachrichtungen zu jeder Zeit administrativ ermöglicht werden, ein unbürokratisches Gründungssemester einzulegen, ohne negative Auswirkungen auf den universitären Abschluss. Zu den Unterstützungsleistungen sollten im Besonderen die finanzielle Absicherung (z.B. bei der Krankenversicherung), die juristische Beratung sowie organisatorische Belange gehören. Die Hochschulen sollten zur Rechteübertragung an ausgegründete Start-Ups Standard-Lizenz-Verträge entwickeln können, um Gründerinnen und Gründern eine zügige Lizenzierung zu ermöglichen.

6. Neue Gesellschaftsform für gründende Studierende

Wir wollen eine „Gründer-Gesellschaft“ schaffen, die eine hochschulbezogene Weiterentwicklung der Unternehmensgesellschaft ist. Diese würde weitaus geringere Anforderungen stellen, als dies für eine reguläre Gründung nötig ist. Dies betrifft unter anderem die Gewerbesteuer, die Haftung und das Stammkapital. Diese Gesellschaft „light“ würde für eine begrenzte Dauer gelten und nur parallel zum aktiven Studium möglich sein.

7. Ausbau des Studienfaches Informatik

Die Digitalisierung, die KI-Forschung und Industrie 4.0 sind die wegweisenden Zukunftstechnologien unserer Zeit. Ob Mobilitätswende, Medizin-Technik, juristische Fall-Entscheidungen oder die digitale Verwaltung: Ohne die Informatik geht nichts. Durch vergleichsweise geringe Einstiegs-Hürden (Ausbildung, Laptop, Ortsunabhängigkeit) eignet sich die Informatik daher besonders für erfolversprechende Gründungen. Insbesondere die Steigerung der Frauenquote und die Verringerung der Abbrecherquoten versprechen die Freisetzung von Potenzial und neuen Impulsen.

Wir wollen deshalb die Zahl der Lehrstühle und der Studienplätze im Fach Informatik weiter erhöhen.

8. Einrichtung von „Gründungszonen“ an Hochschulen

Die Einrichtung eines Gründercampus und die Ballung von gründungsrelevanten Hochschuleinrichtungen mit Do-It-Yourself-Bereichen über Coworking-Spaces oder TechShops fördern die effektive Vernetzung und sorgen für die Infrastruktur, die es für erfolgreiches Gründen braucht. Das Bereitstellen zusätzlicher Plattformen und Angebote für die Kreativwirtschaft, wie das bereits etablierte FabLab.sh, werden wir weiter unterstützen. Es gilt, eine Nachbarschaft und damit Konzentration zwischen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Investoren zu bilden, von denen Start-Ups durch die Ballung stark nachgefragter Angebote über Gebühr profitieren können. Dafür wollen wir auch Investitionsmittel aus dem IMPULS-Sondervermögen bereitstellen.

9. Fachkräftezuwanderungsgesetz auf Bundesebene

Die Gewinnung von Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern ist für Start-Ups eine wichtige Know-how-Quelle. Um den Prozess der Personalgewinnung zu beschleunigen, zu vereinfachen und zu standardisieren, wollen wir uns dafür einsetzen, dass auf Bundesebene ein Fachkräftezuwanderungsgesetz derart ausgestaltet wird, dass Start-Ups unbürokratisch und unter vertretbaren Kosten geeignete Talente anwerben und einstellen können.

10. Social Entrepreneurship / Sustainable Entrepreneurship

Überbeanspruchte Ressourcen, Klimawandel und wirtschaftliche Fehlentwicklungen wie bei der Finanzkrise zeigen, dass nachhaltige Geschäftsmodelle ein wichtiger Teil des Wirtschaftens sind. Beim Social Entrepreneurship werden sowohl wirtschaftliche Gewinne als auch ein gesellschaftlicher Mehrwert generiert. Die FDP will diesen Zukunftsmarkt mit den Potenzialen Schleswig-Holsteins verbinden. Speziell wollen wir Ideen fördern, die eine intelligente Nutzung und Steuerung überschüssigen Windstroms erlauben und so einen Beitrag für einen nachhaltigeren Energiemix sorgen.

Flankierende Maßnahmen

Eine fundierte Aus- und Weiterbildung sind die Grundvoraussetzung für kluge Köpfe, ohne die erfolgreiches Gründen von vornherein chancenlos ist. Allerdings zeigen die Erfahrungen von Start-Up-Gründern, dass institutionelle Rahmenbedingungen als ebenso erfolgsentscheidend angesehen werden müssen.



Ohne verlässliche und handfeste Rahmenbedingungen kann selbst der Bestqualifizierteste seine Ideen nicht umsetzen. Befragungen von Start-Up-Gründern haben ergeben, dass 73 Prozent der Befragten den „Abbau von regulatorischen und bürokratischen Hürden“ als größtes Hindernis angeben. Danach folgen mit etwas Abstand die „Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung“ (42,3 Prozent) und der Aufnahme von Entrepreneurship ins Bildungswesen (39,6 Prozent).

III. Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen

11. Entbürokratisierung

Ziel muss es sein, die Bürokratiebelastung insbesondere im ersten Gründungsjahr auf ein Mindestmaß abzusinken, um dadurch den Verwaltungsaufwand deutlich zu reduzieren. Dazu zählen beispielsweise die Einschränkung der Notarpflicht und die Weiterentwicklung des Insolvenzrechts. Auch die Vereinfachung der Buchhaltung wird von mehr als jedem zweiten (55 Prozent) befürwortet. Gleichzeitig wollen wir Gründern keine idealisierten Bedingungen schaffen, in denen jedes unternehmerische und fiskalische Risikoempfinden abgenommen wird.

12. Juristische Fallstricke beseitigen & Rechtsrahmen definieren

Rechtliche Bedenken führen zu Unsicherheit und unkalkulierbaren Kosten. Als Beispiel sind hier organisierte Abmahnungen bei unklarer Rechtslage zu nennen. Dadurch entstehen gleichsam hohe Kosten durch juristische Beratung und Verwaltungsaufwand als auch ein hoher Unsicherheitsgrad. Im Zweifel wird vor einer juristischen Auseinandersetzung zurückgeschreckt. Hier muss es eine eindeutige und wasserdichte Regelung geben. Des Weiteren sollten die Schaffung von verlässlichen Rechtsrahmen forciert werden, unter denen Reallabore als regulatorische Experimentierräume eingerichtet werden können.

13. Patente erkennen & sichern

Nur rund ein Zehntel aller Patente in Deutschland kommen von den Hochschulen. Um erworbenes Wissen gewinnbringend einsetzen zu können, sollen an den Hochschulen in Schleswig-Holstein „Patent-Scouts“ eingesetzt werden, die revolutionäre Ideen erkennen und die Studierenden mit Beratungen bei der Patent-Anmeldung helfen. Eine erfolgreiche Kommerzialisierung oder ein vielversprechender Technologie-Transfer kann erst verwirklicht werden, wenn die Rechte an einer Idee

zweifelsfrei und rechtssicher feststehen. Die Hochschulen sollen angehalten werden, die bei ihnen erworbenen Patente für die lokale Wirtschaft und das öffentliche Interesse verfügbar zu machen.

14. Investitionen in Wagniskapital erleichtern

Die Finanzierung mit Wagniskapital ist ein wichtiger Baustein für die Finanzierung von Start-Ups. Die Anreize für institutionelle Anleger müssen verbessert werden, damit leichter in Wagnis- und damit Risikokapital investiert werden kann. Zudem sollte die Umsatzsteuerpflicht für Verwaltungsdienstleistungen von Fondsmanagern aufgehoben werden, um dadurch die Kosten für die Investitionen weiter zu senken.

15. Flächendeckender Ausbau eines Gigabit-Netzes

Wiederholt wird von Gründern die Versorgung mit schnellem Internet als eine unverzichtbare Voraussetzung genannt. Schleswig-Holstein ist mit einer Versorgungsquote von rund 40 Prozent bereits Spitze im bundesweiten Vergleich. Trotz angespannter Haushaltsmittel und gestiegener Baukosten wird die FDP es weiterhin als eine absolute Priorität betrachten, bis 2025 den flächendeckenden Ausbau geschafft zu haben.

16. Einführung eines Digitalfonds

Um die Finanzierungssituation von Start-Ups zu verbessern, wollen wir uns auf Bundesebene für die Schaffung eines Digitalfonds einsetzen. Dieser soll gleichwohl für kleine- und mittelständische Unternehmen als auch für institutionelle Anleger offen sein, damit sich eine breite Front aus Wirtschaftsunternehmen und Kapitalanlegern an der Start-Up-Szene beteiligen kann.

IV. Eine Frage der Mentalität

17. Scheitern darf kein Stigma sein

In Deutschland wird noch zu häufig verkannt, dass ein gesellschaftliches Klima, in dem Scheitern nicht erlaubt ist, Gründungsvorhaben nachhaltig blockiert. Viel steht und fällt mit der vorherrschenden Kultur und der motivierenden Ansprache. Offene Ermunterungen der Studierenden an den Hochschulen sollten vom ersten Semester an in allen Studiengängen üblich sein. Ziel muss dabei sein, gründungswillige Studierende mit vielversprechenden Ideen zum finalen Schritt der Gründung zu bewegen. Dabei sollte die Unterstützung seitens der Hochschulen hervorgehoben und auf bestehende Angebote hingewiesen werden. In diesem Zuge sollten auch Professoren und Hochschulmitarbeiter zum Gründen angehalten werden, da sie aktiv vorleben können, was sie von den



Studierenden auch einfordern. Professoren und Mitarbeitern von Hochschulen muss daher neben der Lehrtätigkeit eine entsprechende Selbstständigkeit ermöglicht werden. Das Potenzial von Berufsschulen soll genutzt werden, um von Praktikern Unterstützung einzuholen, wie eine sinnvolle und erfolversprechende Selbstständigkeit aussehen kann.

18. Zu Seiteneinstiegen ermuntern

Wir wollen Lehrkräfte analog zu den berufsbildenden Schulen auch an allgemeinbildenden Schulen dazu ermuntern, nach fünf, zehn oder auch 20 Jahren im Beruf einmal kurzzeitig die Perspektive zu wechseln und in die Wirtschaft zu gehen. Und andersherum auch – die erforderliche pädagogische Ausbildung natürlich nicht außer Acht lassend. Von neuen Impulsen, Ideen und Lösungsansätzen können alle Seiten profitieren.

19. Steuerliche Forschungsförderung bewerben

Die steuerliche Neuregelung wurde durch Jamaika mit vorangetrieben. Diese kann die Verbindung zwischen Hochschule und Mittelstand enorm stärken. Damit fördern wir die lokale Innovationskraft unserer mittelständischen Unternehmen vor Ort. Dafür werden alleine 21 Millionen Euro zusätzlich zu den Bundesmitteln vom Land Schleswig-Holstein bereitgestellt. Die verstärkte Kommunikation nach außen sollte die Chancen dieser Förderung bewerben und Unternehmen dazu anhalten, mehr Geld in die Forschung und Entwicklung zu stecken.

20. Die Bevölkerung für Zukunftstechnologien begeistern

Im öffentlichen Diskurs stellen wir fest, dass sich Debatten über die Nutzung von Zukunftstechnologien vermehrt durch den Austausch unsachlicher Argumente kennzeichnen und sich in scharfen Auseinandersetzungen verrennen. Die FDP bekennt sich dazu, die Chancen von KI, Digitalisierung und eAdministration im öffentlichen Diskurs herauszustellen und den Mehrwert zu betonen, ohne die Risiken außer Acht zu lassen oder zu verleugnen.

Kiel, September 2019

Christopher Vogt, MdL
Fraktionsvorsitzender

Kontakt zur Fraktion

FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel.: (0431) 988-1480

Email: info@fdp.ltsh.de

Web: www.fdp-fraktion-sh.de